

General-Anzeiger

Elberfeld

Haupt-Geschäftsstelle: Kaiserstraße 50.

Telefon: 4001, 4002, 4003

Verleger: Carl Heymanns Verlag AG, Berlin, Unter den Linden 17.

Druck: Carl Heymanns Verlag AG, Berlin, Unter den Linden 17.

für Elberfeld-Barmen

(Allgemeine Zeitung für Berg und Markt)

Erscheint täglich einmal, Sonntags und Feiertags zweimal.

Preis: 1.20 M. pro Woche, 4.80 M. pro Monat, 14.40 M. pro Quartal, 48.00 M. pro Jahr.

Barmen

Haupt-Geschäftsstelle: Neuerweg 57.

Telefon: 710

Verleger: Carl Heymanns Verlag AG, Berlin, Unter den Linden 17.

Druck: Carl Heymanns Verlag AG, Berlin, Unter den Linden 17.

Die Friedensverhandlungen

Kommissionsberatungen.

WTB. Brest-Litowsk, 31. Jan. (Dr. Hb.) Heute wurde unter dem Vorsitz des Ministers des Äußeren, Czernin, eine Sitzung der deutsch-österreichisch-ungarisch-russischen Kommission zur Regelung der politischen und territorialen Fragen abgehalten.

Eine Erklärung Trogis.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Herr Trogis eine Erklärung ab, in der er darauf hinwies, daß die heute in seine Hände gelangten deutschen Blätter ein angeblich von der Petersburger Telegraphen-Agentur stammendes Telegramm enthielten, welches, wenn ihm glauben geschweht werde, auf den Gang der Verhandlungen in schlimmer Weise einwirken könne. Darin werde der Schlußsatz seiner Rede angeführt, welche er vor dem dritten Kongress der Arbeiter, Soldaten- und Bauern-Deputierten in Petersburg gehalten habe. Er habe tatsächlich dort einen Bericht über den Gang der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk gehalten, und daß seinen persönlichen Standpunkt und den Standpunkt der Delegation und seiner Regierung zum Ausdruck gebracht. Nach dem Telegramm hätte er angeblich gesagt, die russische Delegation würde seinen Sonderfrieden abschließen. Diese Nachricht sei erfunden und stelle genau das Gegenteil von dem dar, was er gesagt habe.

Die Vorsitzenden der österreichisch-ungarischen und der deutschen Delegation erklärten, sie würden den Ursprung der falschen Meldung feststellen, worauf in die Tagesordnung eingetragen wurde. Graf Czernin wies darauf hin, daß die Kommission lieber die Frage der Gebiete bestritten habe, welche den reichsdeutschen Truppen besetzt seien. Er schlage nunmehr vor, zu verhandeln, eine gewisse Klarheit über das Gebiet zu schaffen, das von österreichisch-ungarischen Truppen besetzt ist. Vor Eintritt in die Einzelheiten dieser Frage möchte er bemerken, daß die Herren der ukrainischen Delegation auf dem Standpunkt stünden, sie hätten allein und selbstständig über diese Fragen zu verhandeln und zu beschließen.

Trogis wandte sich entschieden gegen die Teilnahme der Vertreter der ukrainischen Rada an den Verhandlungen. Ministerpräsident Graf Czernin hob den Widerspruch zwischen den Aussagen der Herren der Ukraine und der österreichisch-ungarischen Delegation hervor, und beantragte eine halbtägige Sondersitzung zur Klärung der entscheidenden Frage zwischen den Regierungen von Petersburg und Wien. Er fragte, ob der Standpunkt der Vorsitzenden der russischen Delegation sich dahin zusammenfassen lasse, daß die Ukraine über die Angelegenheiten eines selbständigen ukrainischen Staates, insbesondere über dessen Grenzen, überhaupt nicht allein entscheiden kann. Trogis erwiderte, wenn die Ukraine eine vollständig freie, von Russland unabhängige Republik wäre, würde sie alle Fragen ihres staatlichen Seins selbständig lösen können, aber die Ukraine bilde einen Teil der souveränen Republik Rußlands, und deshalb müsse die Entscheidung auf der augenblicklich tatsächlichen Grundlage des föderativen Charakters der russischen Republik getroffen werden. Es wurde beschlossen, die Zukünftigkeit der ukrainischen Delegation in einer morgen abzuholdenden Sondersitzung weiter zu besprechen.

Zum Schluß bat Trogis um Auskunft, ob die russische Staatssekretär v. Rudzinski an den polnischen Ministerpräsidenten gerichtete briefliche Mitteilung, in der die Zuziehung eines Vertreters des polnischen Ministeriums zu den Friedensverhandlungen in einer der nächsten Sitzungen anregen, richtig sei. Staatssekretär v. Rudzinski gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Frage in nächster Zeit auf die Tagesordnung gesetzt werden könne. Graf Czernin hat seinerseits gegen eine Entsendung von polnischen Vertretern unter bestimmten Voraussetzungen nichts einzuwenden. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

Deferle über den Frieden.

WTB. Budapest, 31. Jan. (Dr. Hb.) Ministerpräsident Deferle, der an der Spitze des ungarischen Kabinetts heute zum ersten Male im Abgeordnetenhaus erschien, wurde mit lebhaften Beifall begrüßt. Hierauf ergriff er das Wort, um das Regierungsprogramm zu erläutern.

Am Eingang erörterte er die inneren Reformen, die in Bezug auf den Volksschulunterricht, auf das Gesundheitswesen auf die Verbesserung

Der amtliche Tagesbericht.

Sieht starke italienische Angriffe zusammengebrochen.

Großes Hauptquartier, 1. Febr. vormittags. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz:

Unsere Erkundungsabteilungen brachen aus den englischen Stellungen in Nordern Gefangene und Maschinen-gewehre zurück.

Bei dichtem Nebel blieb die Artillerie-tätigkeit an der Front gering.

Italienischer Kriegsschauplatz:

Auf der Hochfläche von Asiago lebhafter

sowie auf die Förderung der Industrie vorzunehmen seien. Sodann legte er den Stand der Friedensverhandlungen dar und sagte: Es ist sehr im Auge befindlichen Friedensverhandlungen zu einem Ergebnis, ob sie zu einem allgemeinen dauernden Frieden führen werden, vermag ich derzeit mit Bestimmtheit nicht zu sagen. Gutes will ich aber, das ist, daß unsere Friedensbereitschaft aufrichtig und ernst ist. Es ist nicht, wie auch niemals unser Ziel, Eroberungen zu machen. Wir sind bereit, eine gerechte und anständige Verständigung zu suchen, die zu einem dauernden Frieden und zum Behufe von dessen Sicherung zu internationalen Vereinbarungen führt. Unsere einzige Bedingung ist die unverfälschte Aufrechterhaltung unserer Selbstständigkeit und unserer unbeeinträchtigten Freiheit inneren Angelegenheiten zu ordnen. Wir wünschen einen dauernden ehrenhaften Frieden der Staaten, geknüpft aber nicht, daß bei uns ein Aufstand ausbricht. Wir können nicht gestatten, daß anstatt der Staaten unter dem falschen Schlagwort des Friedens jetzt sich bildende Volksgruppen in zerstörender Weise ihr Haupt erheben. Das würde fabelhaft bedeuten, daß unter dem Schlagwort des Friedens ein Krieg der Völker ausbrechen würde. Aberhaupt wünschen wir unter der Achtung der Volksrechte eine strenge Führung der sozialen Ordnung und bestreben es als unsere Pflicht, jedes Anzeichen der Zerschörung im Keime zu ersticken. Aber ob die nahe Zukunft den Sieg des Friedens oder den notwendigen Kampf bringen wird, eines ist gewiß: daß wir das Bündnis mit Deutschland als eine der wirksamsten Sicherungen des Friedens aufrechtzuerhalten und zu fröhnen wünschen. Dies hat uns dazu geführt, daß wir auf der Grundlage des von der österreichischen Regierung mit Österreich geschlossenen Abkommens Verhandlungen über die Neuregelung unseres wirtschaftlichen Verhältnisses zum Deutschen Reich fortsetzen. Wir sind bemüht, Wege zu finden, daß wir unser politisches Bündnis in wirtschaftlicher Richtung vertiefen.

Am weiteren Verlauf der Rede erwähnte Dr. Deferle seine Ansichten über die Finanzlage. Die Konsolidierung der Kriegsschulden sowie deren billige Verzinsung seien Aufgaben der nächsten Zukunft. Hinsichtlich des Steuerprogramms kündigte er eine Vermögenssteuer an, durch die nämlich eine Verminderung des Konsums bewirkt werden solle. Die Erstattung eines selbständigen Budgets, auf das Ungarn gegenüber Österreich ein unbefugtes Recht besäße, würde inmitten der Erschütterungen des gesamten Wirtschaftslebens nicht zweckmäßig sein. Es würde dadurch nur der Wiederaufbau der Wirtschaft und die Herstellung normaler wirtschaftlicher Zustände verlangsamt werden. Das eine selbständige Budget besäße, so würde seine Maßnahme diese Verhältnisse, die in der Friedenszeit auch durchgeführt werden müßten. Eine selbständige ungarische Armee werde unter Führung der Einheit der Führung und inneren Organisation verwirklicht werden, indem dann Ungarn für die Erhaltung seiner eigenen Armee zu sorgen haben werde. So würden dadurch die gemeinsamen Ausgaben und die autonomen Beiträge, welche zwischen Ungarn und Österreich oft Gegenstand der Diskussionen waren, in ihrer Bedeutung sehr herabgemindert werden. Schließlich riefte der Ministerpräsident an alle Parteien die Forderung, die staatlichen Angelegenheiten, die bisher ein Hindernis gewesen seien, sollen zu lassen und zur gemeinsamen Arbeit ihre Kräfte miteinander zu vereinen. (Beifall)

Nach dem Ministerpräsidenten Dr. Deferle ergriff Graf Tisza als Führer der Opposition das Wort und verurteilte dem Ministerpräsidenten, daß die großen Gesichtspunkte seines Programms volle Berücksichtigung findend der Opposition stünden. Wenn er dem Programm nicht im ganzen zustimmen könne, so läge es daran, daß die unglückselige Wahlreform auf die Tagesordnung gestellt wurde. Gegen diese Reform habe

Artillerielampf. Vom Monte di Sai Bella und Col dei Nesso aus sehen die Italiener viermal mit starken Kräften zu neuen Angriffen an. Sie brachen jedesmal im Feuer vor den österreichisch-ungarischen Stellungen zusammen.

Von den andern Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

in Manteu Bedenken. Er wünsche, daß die Frage der Wahlreform mittels eines Kompromisses gelöst werde. Solange dies nicht gelänge, verharren er und seine Freunde weiter in oppositiver Haltung. Sie unterlägen den wichtigsten Fragen; er bitte jedoch den Ministerpräsidenten, daß er durch eine Verschärfung der kritischen Fragen die Lage für die Opposition nicht unmöglich mache.

Graf Apponyi erklärte darauf namens der Regierung, daß diese in Bezug auf die Wahlreform den Weg des Kompromisses nicht betreten könne. Jedes Weg von Restabschwächen, welches der Gegenstand der Verhandlungen bilden. Die Regierung könne von dem Umfange der Restabschwächung nichts weiter abhandeln lassen, ohne gegen das Gebot der Ehre zu verstoßen. (Beifall Zustimmung.) Wir hoffen, daß jene Vereinbarungen, zu denen wir mit Deutschland gelangen werden, und die, wie sich dies von selbst versteht, sich in jenen Grenzen bewegen werden, die die Verteidigung unserer berechtigten wirtschaftlichen Interessen und die Selbstständigkeit unserer Handelspolitik vorsehen, unseren wirtschaftlichen Lebens größter Betätigungsfeld sichern werden, dessen unsere kräftige Entwicklung notwendig bedarf. Unsere Beziehungen, die Voraussetzungen für unsere wirtschaftliche Beziehungen zwischen uns und dem Deutschen Reich zu schaffen, haben keine Spitze gegen andere Staaten. Der Zweck ist ein engerer Anschluß auf jene Gebiete, auf dem die Freiheit unter Wahrung der Bedingungen für unsere Produktion beiden Teilen gegenseitige Vorteile bietet, ohne daß die Interessen anderer Staaten geschädigt werden, mit denen wir in Zukunft ebenso, wie wir es in der Vergangenheit getan haben, ein freundschaftliches Handelsverhältnis aufrechterhalten wollen.

Eine finnische Delegation für Brest-Litowsk.

TU. Von der schwedischen Grenze, 31. Jan. (Dr. Hb.) „Agence Havas“ meldet von der finnischen Grenze: Finnland hat eine Delegation von fünf Mitgliedern zur Teilnahme an den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk entsandt. Diese Delegation besteht aus drei Bürgerlichen und zwei Sozialisten.

Die Vorgänge in Rußland.

Rumänien bricht die Beziehungen ab.

TU. Von der schweizerischen Grenze, 31. Jan. (Dr. Hb.) „Daily Mail“ meldet aus Jassy: Die rumänische Regierung notifiziert am 29. Januar den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Rußland, soweit dieses durch die Bolschewiki vertreten wird. Für die Russen im Bezirk Jassy wurden Vorschriften erlassen, wodurch diese den feindlichen Staatsangehörigen gleichgestellt werden.

Der „Matin“ meldet: Der bisherige russische Gesandte in Jassy ist auf der Fahrt von Jassy nach Rischikow von bolschewistischen Truppen festgenommen worden.

Petersburg von Finnland abgeschnitten.

Petersburg ist infolge der Vernichtung der Brücken und der Zerstörung der Eisenbahnlinien in dem Gebiet bei Wiborg völlig von Finnland abgeschnitten.

Der Seekrieg.

Die U-Boot-Tagesbeute.

WTB. Berlin, 1. Febr. (Dr. Hb.) Amtlich. Im Sperrgebiet um England wurden kürzlich durch unsere U-Boote fünf Dampfer versenkt, davon drei tief beladene im Kanal bei sehr starker feindlicher Gewehrfeuer. Unter den Schiffen befanden sich zwei große

bewaffnete englische Dampfer von mindestens 6000 und 4000 Tonnen.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Die Auslandsbewegung.

Die Gewerkschaften über den Ausstand.

TU. Berlin, 1. Febr. (Dr. Hb.) Die Generalversammlung der Gewerkschaften hat sich in einer Sitzung mit der Streikfrage beschäftigt. Wie der „Vorwärts“ hört, trat Über einstimmung zu Tage, daß die Bewegung aus politischen Ursachen erwachsen und in diesem Sinne eine politische, keine gewerkschaftliche Angelegenheit ist. Volle Über einstimmung bezeugt aber auch in der Auffassung, daß die politische Bestimmung, aus der die Bewegung entspringt, verständlich und am sichersten durch gerechtes Entgegenkommen an die Wünsche der Arbeiter zu befriedigen ist.

Eine Erklärung des Zentrums.

In einer Erklärung des Zentrums in der „Germania“ wird gesagt:

„Die Vertreter der Zentrumspartei können nicht in den Verdacht kommen, mit Massenstreiksungen ihr Ziel erreichen zu wollen. Wenn Herr Gumbelmann im Haushaltsausschuß mit dem Ruffreiß drohte, so vertrat er nicht die Zentrumspartei. Diese haben damit absolut nichts zu tun.“

Der Standpunkt der fortschrittlichen Sozialpartei.

Die „Liberalen Korrespondenz“ schreibt: Die bekannt, haben die Dienstverhältnisse und dringenden Arbeiterangelegenheiten gegen den Streik entschieden Vernehmung eingelegt. Die Generalkommission der freien (sozialdemokratischen) Gewerkschaften hat sich für „neutral“ erklärt, da die Bewegung auf rein politischen Erwägungen beruhe. Dem entsprechend hat auch in den von den Streikenden freigegebenen Aktionsausschuß geordnete der politischen Parteien der Unabhängigen und der alten Sozialdemokratie eingeordnet. Die politischen Ziele der Bewegung gehen nach derartigen Richtungen. Wir wollen die Frage der Zulassung des Streiks als politisches Kampfmittel ganz unentschieden lassen, jedenfalls muß man aber, um die Berechtigung seiner Anwendung zu beurteilen, die voraussetzliche Wirkung auf jedes einzelne der gestellten Ziele ins Auge fassen. Hier kann es aber keinen Augenblick zweifelhaft sein, daß der Streik als politisches Mittel kein so wirksames Mittel sein kann, als es durch eine gewalttätige Unterbrechung des wirtschaftlichen Lebens und Stilllegung der freigeschafften Betriebe geschieht. Derartige Mittel können nicht nur die freigeschaffte Verfolgung imperialistischer Pläne, deren Verhinderung man als Kampfmittel von seiten der Streikenden proklamiert hat, sondern sie hindern auch die kraftvolle und erfolgreiche Verteidigung des Vaterlandes, die trotz aller Friedensreden von diesem und jenseits des Ozeans vorab immer noch von der Stunde geboten ist. Es hat lange gedauert, bis die Herren Wilson und Lloyd George ihre Verlautbarungen gegenüber Deutschland auf den Ton ihrer letzten Reden gemindert haben, und wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß sich die alte Schärfe und der alte Vernichtungswille bei ihnen wieder einstellen würde, wenn Deutschland sich selbst zum Kampfe unfähig machte. Und was Herrn Trogis anlangt, so sehen wir jedoch erst wieder aus dem schwachen Treiben der Russen gegen das für frei und unabhängig erklärte Finnland, daß der Bolschewismus als Selbstbestimmung nur das gilt, was sie selbst bestimmen wollen und daß sie für nichts zurückstehen, um ihren Willkür und ihre Gewalttätigkeit durchzusetzen.

Die fortschrittliche Sozialpartei ist mit dem Sozialdemokratischen Sozialdemokratischen Richtung in Bezug auf innere und außerpolitische Fragen der nächsten Zukunft ein gut Stück weiter gekommen, als sie es mit der alten Sozialpartei, deren für richtig erkannten Zielen auch weiter nachzugehen, aber sie lehnt es mit gleicher Entschiedenheit ab, eine Gemeinschaft der Kampfmittel zu pflegen, wie sie jetzt zur Anwendung gelangt sind.

Wir vertrauen dem gesunden Sinn der Massen wie der Einsicht aller sich ihrer Verantwortung gegen das Vaterland bewußten Männer an der Spitze, daß sie so bald wie möglich eine Bewegung zurückzudämmen, die lediglich den Feinden eines freien und unabhängigen deutschen Volkes zugute kommen kann. Denen brauchen und denen im Innern.

Liberaler Arbeiter gegen den Streik.

Der Vorstand des Bezirksverbandes Brandenburg des Reichsvereins liberaler Arbeiter und Angehörten hat am Montag folgende Entschiedenheit gefaßt:

„Der Vorstand des Bezirksvereins Brandenburg des Reichsvereins liberaler Arbeiter und Angehörten bedauert auf tiefste die Streikbewegung in Groß-Berlin, weil er der Ansicht ist, daß der Frieden dadurch nicht nur nicht beschleunigt, sondern sogar auf lange Monate hinaus verzögert wird. Er verurteilt aber auch gleichzeitig die Art und Weise der Agitation der Deutschen Arbeiterpartei, die zweifellos durch ihre Auswüchse den Boden für die Streiks ebenso bereitet hat, wie die Verschärfung der Wahlrechtsreform durch die Kommission des Abgeordnetenhauses. Der Bezirksverband erwartet von dem gesunden Sinn der deutschen Arbeiterschaft, daß diese unbefriedigt von der Agitation der beiden extremen Parteien ihren Weg geht und konsequent die Politik unserer Regierung unterstützt, soweit diese auf die Durchführung eines baldigen Friedens gerichtet ist.“

Voranschlägliche Widerrung am 2. Februar:
Trockenes Frohwitter bei wechselnder Bewölkung. Strichweise Nebel.

